

**Vw 0106**

An die

Vorsitzende des Unterausschusses Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung sowie Bezirke und Personal

über

die Vorsitzende des Hauptausschusses

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über

Senatskanzlei - G Sen -

## **Fortschrittsbericht zum Videokonferenzsystem**

**rote Nummer/n:** -

**Vorgang:** 5. Sitzung des Unterausschusses Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung sowie Bezirke und Personal vom 16. Mai 2022

**Ansätze:** entfällt

**Gesamtausgaben:** entfällt

Der Unterausschuss Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung sowie Bezirke und Personal hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„SenInnDS wird gebeten, dem UA Verwaltung im I. Quartal 2023 einen Fortschrittsbericht zum Videokonferenzsystem vorzulegen, in dem auch die eventuellen Hindernisse dargestellt werden.“

**Beschlussvorschlag:**

Der Unterausschuss Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung sowie Bezirke und Personal nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Hierzu wird berichtet:

Video- und Telefonkonferenzen haben seit Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 für die Berliner Verwaltung an Bedeutung gewonnen, um den Mitarbeitenden die weitere Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Die IKT-Steuerung hat dazu zunächst schon 2020 der Berliner Verwaltung eine zentral finanzierte, freigegebene „Pandemie-Lösung“ auf Basis des Videokonferenztools Nextcloud Talk zur Verfügung gestellt. Dadurch konnten die Dienstgeschäfte der Berliner Verwaltung auch unter den Bedingungen der Corona-Pandemie aufrechterhalten werden. Aus vergaberechtlichen Gründen war die Bereitstellung dieser Lösung zeitlich bis April 2022 begrenzt. Auf Grund der gesammelten Erfahrungen, des weiterhin bestehenden Bedarfs und unter Berücksichtigung der Bewertungen zu Datenschutz, Barrierefreiheit und Funktionsanforderungen wurde im Rahmen einer Ausschreibung des ITDZ im Auftrag der IKT-Steuerung eine Nachfolgelösung gesucht. Diese wurde ab Mai 2022 der Berliner Verwaltung auf Basis des Videokonferenztools Big Blue Button weiterhin zentral finanziert und mit Zustimmung der Personalvertretungsgremien zur Verfügung gestellt. Der Betrieb erfolgt als Software-as-a-Service zunächst durch den Anbieter invocable GmbH, seit Februar 2023 durch die Firma Sdui.

Die Lösung wird von den Nutzenden gut angenommen. Es liegen auch Nutzungsanfragen aus der mittelbaren Verwaltung vor. Mit Stand vom 07.03.2023 sind 137 Gruppen-Admins bei den nutzenden Behörden angemeldet. Diese fungieren als Key-User und organisieren die weitere Einrichtung von Nutzern und stehen bei Fragen als erste Ansprechpartner zur Verfügung. Die Anzahl der Nutzenden beträgt 4.182. Im Zeitraum seit 01.02.2023 wurden 7.335 Videokonferenzen mit einer Gesamtdauer von ca. 5 Jahren durchgeführt. Hierbei wurden auch Videokonferenzen mit 50-70 Teilnehmenden ohne technische Schwierigkeiten oder erkennbaren Einschränkungen in der Qualität durchgeführt.

Durch das Angebot der IKT-Steuerung stehen den Behörden eine Reihe arbeitsunterstützender Funktionen über den reinen Videokonferenzumfang hinaus zur Verfügung. So kann an den Videokonferenzen auch per Telefoneinwahl teilgenommen werden, was eine Nutzung als reine Telefonkonferenz, als reine webbasierte Videokonferenz, oder als Hybrid-Konferenz mit gemischter Teilnahme ermöglicht. Präsentatoren können Bildschirmhalte freigeben und damit die Durchführung von Präsentationen, Sitzungen oder das gemeinsame Arbeiten an Dokumenten unterstützt werden. Teilnehmende können parallel in öffentlichem oder individuellen privaten Chats Textnachrichten austauschen und z. B. Fragen stellen oder Links zu weiteren Informationen teilen. Mit Hilfe eines geteilten virtuellen Whiteboards können einfache Skizzen kooperativ erstellt und bearbeitet werden, um Gedanken spontan zu visualisieren.

Im Rahmen des EU-weiten Ausschreibungsverfahrens vorgebrachte Einwendungen von Wettbewerbern konnten mit dem ITDZ gelöst und das Vergabeverfahren mit dem Zuschlag an die Firma Sdui abgeschlossen werden. Die aktuelle Lösung ist vertraglich bis max. Ende 2026 nutzbar. Parallel wurde mit den Planungen zum Aufbau eines künftigen IKT-Basisdienstes Kollaboration begonnen, der die Videokonferenzfunktionen umfassen, verstetigen und um weitere kollaborative Werkzeuge ergänzen soll.

In Vertretung

Dr. Ralf Kleindiek

Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport